

Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 85 (2010)
Heft: 12

Artikel: Deutschland verliert die Wehrpflicht
Autor: Farwick, Dieter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-717660>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Deutschland verliert die Wehrpflicht

Den neutralen Nachbarn Deutschlands, der Schweiz und Österreich, kann es nicht gleichgültig sein, was sich in Deutschland in Fragen der Sicherheitspolitik und der Streitkräfte für die Zukunft abzeichnet.

BRIGADEGENERAL DIETER FARWICK, SIGMARINGEN, KOMMENTIERT ZUR BUNDESWEHR

Die Schweiz und Österreich gehören zu den wenigen europäischen Staaten, in denen die Wehrpflicht noch praktiziert wird. Allerdings nehmen die Stimmen zu, die die Wehrpflicht in Österreich und das auf der Wehrpflicht beruhende Milizsystem in der Schweiz in Frage stellen.

Dabei spielen die Finanzen und die fehlende Bereitschaft, sich über zukünftig mögliche Risiken und Gefahren Gedanken zu machen, eine entscheidende Rolle.

Bei einem strategischen Blick nach Norden sahen die Schweiz und Österreich das NATO-Mitglied Deutschland als militärisches Bollwerk und Sicherheitspuffer mit einer glaubwürdigen Sicherheitspolitik und einer erkennbaren Verteidigungsbereitschaft und -fähigkeit.

Gilt dies auch für die Zukunft?

Verteidigungsminister Karl-Theodor Freiherr von und zu Guttenberg hat mit sei-

ner Rede im Mai 2010 an der «Alma Mater», der Führungsakademie der Bundeswehr, in Hamburg der versammelten Generalität und Admiralität tiefgreifende Reformen an Haupt und Gliedern angekündigt.

Das grösste Echo in der Öffentlichkeit erzielte der Verteidigungsminister mit seiner Aussage, dass ein Aussetzen der Wehrpflicht nur eine kurzfristige Lösung sei. Ihre Abschaffung wäre das eigentliche Ziel. Mit dieser Ankündigung überraschte er in erster Linie seine «Parteifreunde».

Diese entdeckten plötzlich ihre Liebe zur Wehrpflicht. Seine politischen Gegner lobten den mutigen Schritt nach vorne – besonders der Koalitionspartner, die Freidemokraten, die schon lange für die Abschaffung der Wehrpflicht eingetreten waren.

Es grenzt schon an Heuchelei und Amnesie, wenn die Konservativen plötzlich das hohe Lied der Wehrpflicht singen. Sie haben in den letzten Jahrzehnten keinen Fin-

ger gerührt, als die Wehrpflicht *de facto* bereits abgeschafft wurde. Seit Jahren genügt die berühmte «Postkarte», um sich der Wehrpflicht und dem Grundwehrdienst zu entziehen, zumal der Ersatzdienst in weiten Teilen der deutschen Bevölkerung als moralisch höherwertig eingestuft wird.

So repräsentieren die heute Einberufenen schon lange nicht mehr den gewünschten «Bevölkerungsquerschnitt». Die «Parlamentsarmee» – von Bundespolitikern gerne so genannt – ist schon lange ein Zerrbild.

Recht und Pflicht

Die Töchter und Söhne von Ärzten, Rechtsanwälten, Professoren und Führern in Wirtschaft und Industrie bilden heute die Ausnahme unter den Wehrpflichtigen. Dabei muss man einen Unterschied machen zwischen der Wehrpflicht und dem Grundwehrdienst. Die Wehrpflicht ist in einer Demokratie ein hohes Gut. In unserer «post-



Mit der Ankündigung, die Wehrpflicht auszusetzen, sorgte Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg für erheblichen Wirbel (links Generalinspekteur Volker Wieker).

heroischen» Gesellschaft sind die realen und vermeintlichen Ansprüche und Rechte des Individuums immer weiter gestiegen. Es ist das Recht und die Pflicht von Staat und Gesellschaft, wenn Pflichten abverlangt werden.

Deutschland und die meisten europäischen Staaten haben heute eine Gesellschaft, für die mehrheitlich das Wort «Dienen» ein Fremdwort ist. «Verdienen» ist angesagt. Deutschland und die meisten europäischen Staaten bieten heute den jungen Menschen Lebensbedingungen und berufliche Entwicklungschancen, die vor einem halben Jahrhundert noch undenkbar waren.

Das Leben verloren

Diese Bedingungen sind nicht vom Himmel gefallen. Sie gab es auch nicht zum Nulltarif. Vierzig Jahre «Kalter Krieg» haben Opfer gekostet – menschlich, ideell und materiell. Zahlreiche Soldaten haben ihr Leben im Dienst für die Bewahrung von Frieden und Freiheit verloren.

Die Opfer haben sich – besonders für Deutschland – gelohnt. Seit 20 Jahren ist Deutschland wiedervereinigt in Frieden und Freiheit. Der Zusammenbruch der Sowjetunion und des Warschauer Paktes ist auch Millionen von Wehrpflichtigen zu danken, die ihrem Vaterland gedient haben.

Seit der politischen Wende vor 20 Jahren mit dem Fortfall einer akuten militärischen Bedrohung in Zentraleuropa hiess es häufig: Wir sind von Freunden umgeben, wir brauchen keine «Massenheere» mehr, wir verlangen eine Friedensdividende. Diese Friedensdividende wurde in den meisten europäischen Ländern eingelöst.

Vorbei und vergessen?

Wenn es die Auslandseinsätze der deutschen Streitkräfte nicht gegeben hätte, wäre dies ein andauernder Auszehrungsprozess geblieben, der weder die Öffentlichkeit noch die meisten Politiker interessiert hätte.

Aber jetzt sind seit Jahren deutsche Soldaten in Auslandseinsätzen und 44 deutsche Soldaten haben ihr Leben verloren. Hunderte sind verwundet und traumatisiert. Jetzt stellen sich ganz andere Fragen:

- Wie steht es um die Ausrüstung und Bewaffnung?
- Bindet die Wehrpflicht zu viele Ressourcen – personell und materiell?
- Reicht der Grundwehrdienst von jetzt sechs Monaten für die Ausbildung der Wehrpflichtigen aus?
- Stimmt die Struktur, wenn der jeweils gleichzeitige Einsatz von 7000 Soldatinnen und Soldaten Streitkräfte in der



Von der Kooperation mit der deutschen Luftwaffe profitiert auch die Rüstungsindustrie.

Grössenordnung von 250 000 Soldatinnen und Soldaten an den Rand ihrer personellen und materiellen Leistungsfähigkeit bringt?

Antworten fehlen

Es sind schwierige Fragen mit wenig überzeugenden Antworten bislang. Es war schon erstaunlich, dass der deutsche Verteidigungsminister mit seinen Vorschlägen bereits sechs Monate nach Amtsübernahme in die Öffentlichkeit ging.

Zu diesem Zeitpunkt gab es keine umfassende Bestandesaufnahme. Auch war nicht klar, was das neue «Strategische Konzept» der NATO an Forderungen an die Mitgliedstaaten bringen würde. Der deutsche Verteidigungsminister favorisiert ein Modell mit mindestens 156 000 Soldatinnen und Soldaten – ohne Wehrpflicht.

Nach heftigen parteiinternen Diskussionen zeichnet sich ab, dass die Wehrpflicht im deutschen Grundgesetz erhalten bleibt, aber nicht – noch nicht? – abgeschafft wird. Ein Blick in andere Länder zeigt, dass eine Wiederbelebung der Wehrpflicht nahezu ausgeschlossen ist, selbst wenn sie dringend benötigt würde.

Der amerikanische Verteidigungsminister Gates hat jüngst öffentlich die Nachteile der Abschaffung der Wehrpflicht aufgezeigt. Er sieht jedoch keine realistische Chance, sie wieder einzuführen.

Andere europäische Länder gehen durchaus Wege, um Freiwillige zu bekommen. In

einem Land wird jugendlichen Straftätern eine Verkürzung der Haftstrafe versprochen. In einem anderen Land wird mit dem schnellen Erwerb der Staatsbürgerschaft geworben. Es besteht kein Zweifel, dass ein Grundwehrdienst unter zwölf Monaten keine vernünftige einsatzorientierte Ausbildung von Wehrpflichtigen ermöglicht.

Allerdings werden in der Bundeswehr – bis auf wenige Ausnahmen – keine Wehrpflichtigen in Auslandseinsätzen eingesetzt. Zwölf Monate reichen jedoch aus, um dem jungen Mann ein Leben mit Pflichten und Verantwortungsgefühl auch für andere zu ermöglichen.

Körpsgeist

Junge Männer, häufig Einzelkind einer alleinerziehenden Mutter, erleben das Leben in der Gemeinschaft und einer sich entwickelnden Kameradschaft, die in unseren Schulen und Universitäten oder am Arbeitsplatz selten erlebbar sind.

Es ist der *esprit de corps*, der sich entwickelt. Spätere Führungskräfte lernen junge Männer und deren Wertevorstellungen kennen, die sie später beruflich zu führen haben. In den letzten Jahren diente der Grundwehrdienst unterhalb der zwölf Monate wesentlich dazu, sogenannte «Freiwillig längerdiene Wehrpflichtige» (FWDL) und Soldaten auf Zeit (SaZ) – es sind heute rund 25 000 – zu gewinnen.

Der Grundwehrdienst war eine Art «Schnupperkurs», in dem beide Seiten – die

Vorgesetzten und die Wehrpflichtigen – erkennen konnten, ob ein längerer Dienst in der Bundeswehr für den Einzelnen attraktiv und sinnvoll sein könnte.

Die Verpflichtung als FWDL oder SaZ war gleichbedeutend mit der Bereitschaft, im Ausland eingesetzt zu werden – auch im Krieg in Afghanistan. Sie erhalten eine mehrmonatige besondere Ausbildung, die sie befähigt, im Team mit erfahrenen Berufs- und Zeitsoldaten auch in Kampfeinsätzen eingesetzt zu werden.

Die Leistungsfähigkeit und Einsatzbereitschaft dieser jungen Soldatinnen und Soldaten wurde zu einem charakteristischen Gütesiegel der deutschen Streitkräfte im Ausland. Ihr Auftreten in den Straßen im Kosovo oder in Afghanistan verdient hohe Respekt. Dieses bewährte Auswahlverfahren wird abgeschafft.

Die Wehrpflichtigen werden nicht mehr gemustert. Bestehende Musterungsstrukturen werden weitestgehend abgebaut. Sie werden zu einem Gespräch über die Möglichkeiten eines sogenannten «Freiwilligen Wehrdienstes» eingeladen. Ob sie kommen?

Angesichts des demographischen Wandels in Deutschland wird der «Kampf» um qualifizierte junge Männer für die Bundeswehr immer härter. Wirtschaft und Industrie sind im Vorteil – nicht nur materiell. Auch der zu erwartende Einsatz in Afghanistan oder in anderen Krisenregionen ist für die Werbung nicht immer förderlich – besonders nicht in den Augen von Angehörigen und Freunden.

Aussetzen heisst abschaffen

Es gibt Zweifel und Bedenken, ob sich in dem neuen – freiwilligen – System genügend qualifizierte junge Männer und – später vielleicht – Frauen für den Dienst in den Streitkräften entscheiden. Leider gibt es keinen «Probelauf» für eine begrenzte Zeit. Den Knopf «reset» oder «Zurück auf los» wird es nicht geben. Welche deutsche Regierung wäre bereit, in einigen Jahren die Wehrpflicht wieder einzuführen?

Welche Risiken oder Bedrohungen in mittlerer und ferner Zukunft könnten diesen Entschluss herbeiführen? Würde ein solches Vorhaben von Gegnern im In- und Ausland nicht als gefährliche politische Eskalationen aufgefasst?

Da helfen keine Argumentationskrücken. Die neue Lage hat negative Auswirkungen auf die Reservisten und die Aufwuchsfähigkeit der Streitkräfte in Krisen und Konflikten. Die Wehrpflicht – und deren Aussetzung oder Abschaffung – ist jedoch nur ein Teil der dramatischen Reform-



In Afghanistan setzt die Bundeswehr Artillerie ein.

Bilder: Bundeswehr

men, die auf die deutschen Streitkräfte zu kommen. Es entsteht eine neue, eine andere Bundeswehr.

Die deutschen Streitkräfte werden von heute 250 000 Soldatinnen und Soldaten – davon 50 000 Wehrpflichtige – auf eine Kompromisszahl um die 180 000 heruntergefahren werden. Das würde die Schließung von 50–70 Standorten bedeuten, wenn die heutigen Standards – mindestens 1000 Soldaten je Standort – erhalten bleiben.

So mancher Bürgermeister, Landrat, Landes- und Bundespolitiker wird sich – zu spät – fragen, ob die finanziellen Prioritäten in der Politik richtig gesetzt werden. Die Kompensationskosten für die Umwandlung aufgegebener Standorte in «Industrieparks» wird – wie die Vergangenheit zeigt – enorme Kosten verursachen.

Wehrpflicht erhalten

Die Forderungen des bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer, die Standorte in strukturschwachen Gegenden zu erhalten, geht völlig an den Bedürfnissen der jungen Soldatinnen und Soldaten vorbei – auch an den Familien.

Viele Ehefrauen müssen aus finanziellen Gründen berufstätig bleiben und die Kinder sollen weiterführende Schulen, Discos, Sportvereine und Kinos in der Nachbarschaft haben. Gerade, wenn die Soldatin und der Soldat im Auslandseinsatz sind, ist das Angebot für die Familie im jeweiligen Standort von grosser Bedeutung. Die Er-

haltung der Wehrpflicht mit einem Grundwehrdienst von zwölf Monaten und angemessener Ausrüstung und Bewaffnung würde rund zwei Milliarden pro Jahr kosten. Das wären 5 Prozent des Verteidigungshaushaltes oder – mit anderem Bezug – ca. 0,5 Prozent des Bundeshaushaltes.

Allein die Mehrwertsteuerreduzierung für die Gastronomie kostet den Staat ca. 1 Milliarde im Jahr. Aus allen anderen Budgets eine weitere Milliarde herauszu schneiden, wäre sicherlich möglich, wenn man mit der Verschlankung der Bürokratie Ernst machen und die sogenannten «Was serköpfe» erheblich verkleinern würde.

Politischer Wille

Unsere Nachbarn schauen mit Sorgen auf Deutschland – besonders in Ost- und Südosteuropa. Mit Blick auf kommende Risiken und Gefahren – Stichworte Terrorismus und Energiesicherheit – muss und kann sich ein Staat wie Deutschland eine Armee leisten, die für Auslandseinsätze gut ausgebildet und ausgerüstet ist sowie eine Kernfähigkeit zur Landes- und Bündnisverteidigung erhält. Sicherheitsvorsorge ist Chefsache. Entscheidend ist der politische Wille.



Brigadegeneral Dieter Farwick, Sigmaringen, schreibt regelmässig für den SCHWEIZER SOLDAT zu Themen der deutschen Bundeswehr. Er schöpft als Truppenkommandant und Generalstabsoffizier aus reicher Erfahrung und gehört zu den profilierten deutschen Militärkommentatoren.